

(Gute) Arbeit

Einkommensungleichheit seit 2018 weiter angestiegen – Vertrauen in staatliche Institutionen sinkt mit Einkommen

Hans-Böckler-Stiftung

20.11.2025 Neuer Verteilungsbericht des WSI Einkommensungleichheit seit 2018 weiter angestiegen – Vertrauen in staatliche Institutionen sinkt mit Einkommen Seit 2010 ist die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland deutlich gestiegen, ab 2018 hat sich der Zuwachs an Ungleichheit noch einmal spürbar beschleunigt und nach den aktuellsten verfügbaren Daten des Sozio-ökonomischen Panels einen neuen Höchststand erreicht.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861884>

Hilft der Mindestlohn gegen Armut?

Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm

Prof. Dr. Mario Bossler erforscht an der Fakultät Betriebswirtschaft der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm (Ohm) die Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns und berät unter anderem die Mindestlohnkommission. Seine Analysen zeigen: Die Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 und die bisherigen Anpassungen haben überwiegend positive Effekte. Zum 1. Januar 2026 steigt der Mindestlohn in Deutschland erneut.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861876>

Trotz schrumpfender Lohnlücke: Beschäftigte im Osten verdienen immer noch 14 Prozent weniger als im Westen

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Seit 2012 ist der Ost-West-Lohnunterschied deutlich gesunken, da die Löhne in Ostdeutschland kräftiger stiegen als im Westen. Lag die Ost-West-Lohnlücke 2012 noch bei 26 Prozent, sank sie bis 2024 auf 14 Prozent. In den neuen Bundesländern verdienten sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte 2024 im Mittel 3.539 Euro monatlich und damit 578 Euro weniger als Beschäftigte im Westen mit 4.117 Euro. Bei Spezialist*innen und in der Industrie sind die Ost-West-Lohnunterschiede am höchsten. Das zeigt eine am Dienstag veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861721>

New-Work-Barometer 2025: Erlebt die autoritäre Führung ein Comeback?

SRH University

Das Institute for New Work and Coaching (INWOC) am Campus Berlin der SRH University hat den Ergebnisbericht zum New-Work-Barometer 2025 veröffentlicht. Schwerpunktthemen waren der Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Arbeitskontext und die Rolle von Macht in Organisationen.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861655>

Drei Jahre nach Ankunft in Deutschland: Etwas mehr als die Hälfte der Ukrainerinnen und Ukrainer ist erwerbstätig

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Die Erwerbstätigkeit schutzsuchender Ukrainerinnen und Ukrainer hat sich seit ihrer Ankunft in Deutschland deutlich erhöht. Bei den zwischen Februar und Mai 2022 angekommenen Ukrainerinnen und Ukrainern im Alter zwischen 20 und 64 Jahren lag die Erwerbstätigenquote im Frühsommer 2025 bei 51 % – von 50 % bei Frauen bis 57 % bei Männern. Während die Erwerbstätigenquote in den ersten beiden Jahren nach Ankunft in Deutschland noch vergleichsweise langsam gestiegen ist, hat sich der Übergang in Beschäftigung im dritten Jahr beschleunigt. Damit verlief die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt insgesamt schneller als bei Schutzsuchenden aus anderen Herkunftsstaaten.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news860897>

Kaum Fortschritte: Frauen besetzen immer noch weniger als jede dritte Spitzenposition

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Frauen stellen fast die Hälfte aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft, doch nur 29 Prozent der obersten Führungskräfte sind weiblich. Der Anteil hat sich seit über 20 Jahren um nur 4 Prozentpunkte erhöht. In Betrieben mit familienfreundlichen Maßnahmen ist der Anteil von Frauen in Spitzenpositionen stärker gestiegen als in Betrieben ohne solche Angebote – dennoch zeigt sich: Der Gender Leadership Gap bleibt bestehen. Das zeigt eine am Dienstag veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die auf dem IAB-Betriebspanel beruht.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news860867>

Arbeiten im Ruhestand verbreitet – 55 Prozent der mitbestimmten Betriebe beschäftigen Rentner*innen oder Pensionär*innen

Hans-Böckler-Stiftung

Neue Studie des WSI Arbeiten im Ruhestand verbreitet – 55 Prozent der mitbestimmten Betriebe beschäftigen Rentner*innen oder Pensionär*innen Die Beschäftigung von Rentner*innen und Pensionär*innen ist in vielen Betrieben und öffentlichen Dienststellen verbreitet. Das zeigt eine neue Auswertung der Betriebs- und Personalrätebefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.*

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news860632>

Digitalisierung und KI

Mehrheit der Deutschen kennt neue digitale Verbraucherrechte nicht

Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb

Eine aktuelle Studie warnt vor einem Misserfolg von Verbraucherrechtsreformen durch Informationslücken. Die repräsentative, vom Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb durchgeführte Befragung hat ergeben, dass mehr als die Hälfte der Erwachsenen in Deutschland gesetzliche Verbraucherrechte, die ihnen innovative Dienstleistungen und IT-Sicherheit ermöglichen, nicht kennt. Einige Bevölkerungsgruppen sind jedoch systematisch besser informiert. Die Studie empfiehlt gezielte Informationskampagnen.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861934>

Digitale Souveränität: Unternehmen sehen Abhängigkeit bei KI und Software

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Ein großer Anteil der Unternehmen in Deutschland nimmt sich bei zentralen Technologiefeldern stark abhängig von nicht-europäischen Anbietern oder Partnern wahr. Das geht aus einer repräsentativen Befragung des ZEW Mannheim hervor, an der sich im September 2025 rund 1.100 Unternehmen beteiligten. Insbesondere im Bereich Software und generativer künstlicher Intelligenz (KI) fühlen sich die Unternehmen sehr abhängig – und dies noch häufiger als in den Jahren 2024 und 2021. Besonders betroffen sind große Unternehmen.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861584>

Politik & Gesellschaft

Zweiter Zusammenhaltsbericht untersucht Einstellungen zum Klimawandel in Deutschland

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Der zweite Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt zeigt: Die Mehrheit der Deutschen ist bereit zu mehr Klimaschutz – allerdings sind Sorgen um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Klimapolitik weit verbreitet.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861484>

Soziale Medien: Fast die Hälfte der jungen Deutschen zeigt Suchtsymptome

Ruhr-Universität Bochum

Ein Großteil der deutschen Bevölkerung nutzt soziale Medien, im Durchschnitt zwischen drei und vier Stunden am Tag. Das hat eine repräsentative Erhebung unter mehr als 22.000 Teilnehmenden ab 18 Jahren zwischen September 2024 und November 2025 ergeben, die das Forschungs- und Behandlungszentrum für psychische Gesundheit der Ruhr-Universität Bochum und Deutsche Zentrum für psychische Gesundheit, durchgeführt hat. Sorgen macht den Forschenden die steigende Suchttendenz: Rund ein Drittel der

Nutzenden – bei jüngeren Personen sogar die Hälfte – zeigt ausgeprägte suchtarartige Symptome, die den Alltag und ihre psychische Gesundheit beeinträchtigen können.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861988>

Studie "Femizide in Deutschland" vorgestellt

Eberhard Karls Universität Tübingen

Tötung am Ende einer Partnerschaft häufigste Art des Femizids – Verstärkte Präventionsbemühungen könnten Femizide verhindern helfen – Einführung eines „German Homicide Monitor“ gefordert

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861888>

Nach wie vor großer Bedarf an Angeboten für junges Wohnen

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für junge Menschen bleibt hoch. Eine vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) veröffentlichte Studie zeigt: Bis 2040 werden bundesweit rund 77.000 zusätzliche Wohnheimplätze für Auszubildende und über 200.000 Plätze für Studierende benötigt, um den erwarteten Bedarf zu decken.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861635>

(K)ein Leben in Würde? Systeme der Mindestsicherung oft unzureichend

Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik

Die Leistungen des in jüngster Zeit vielfach kritisierten Bürgergelds liegen unterhalb der nationalen Armutsgefährdungsgrenze. Insofern ist fraglich, ob diese Mindestsicherung das vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 2010 als Grundrecht anerkannte „menschenwürdige Existenzminimum“ gewährleisten kann. Aber nicht nur hierzulande bleibt die Bekämpfung der Armut ein unerreichtes Ziel. Eine neue Studie des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik zeigt: In 16 untersuchten Ländern werden die Systeme der Mindestsicherung ihrem Anspruch, allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, meist nicht gerecht.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861600>

Europas Staatsausgaben zu wenig zukunftsorientiert

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Wie zukunftsorientiert sind die öffentlichen Haushalte in Europa? Eine neue Studie des ZEW Mannheim stellt mit der sogenannten Zukunftsquote einen neuartigen Indikator vor, der misst, welcher Anteil der Staatsausgaben tatsächlich den künftigen Generationen zugutekommt – etwa durch Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur oder Klimaschutz.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861383>

Ein Drittel der Jugendlichen hält sich mehrere Bildungsoptionen offen

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Zwei Drittel der Jugendlichen geben an, sich relativ sicher über den Bildungsweg nach dem Schulabschluss zu sein. Zugleich erwägt rund ein Drittel mehr als eine Möglichkeit – etwa Ausbildung, weiterführende Schule oder Studium. Eine Ausbildung kommt auch für Jugendliche außerhalb des Bewerberpools der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Frage. Das zeigt die am Mittwoch veröffentlichte Studie „BeYou – Berufswahl und Du“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die den Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf begleitet.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news861371>